

Medienmitteilung

Nuklearforum: Ständerat stärkt energiepolitische Handlungsfähigkeit

Zustimmung zur Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke

(Olten, 11.03.2026) Der Ständerat hat heute dem indirekten Gegenvorschlag zur Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke zugestimmt. Das Nuklearforum Schweiz begrüsst diesen Entscheid als wichtigen Schritt hin zu mehr Technologieoffenheit in der Energiepolitik.

Angesichts wachsender Herausforderungen bei Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung ist es zentral, alle klimafreundlichen und sicheren Technologien ergebnisoffen zu prüfen. Die Aufhebung des Neubauverbots würde keinen Neubauentscheid vorwegnehmen und keine Abstriche bei der Sicherheit bedeuten, sondern künftige energiepolitische Optionen offenhalten.

«Der heutige Entscheid trägt der veränderten Realität Rechnung und ist ein wichtiger Schritt in Richtung Technologieoffenheit in der Schweiz», sagt Hans-Ulrich Bigler, Präsident des Nuklearforums Schweiz. Er bezieht sich dabei auch auf den heutigen 15. Jahrestag des Unfalls von Fukushima. Der Ausstiegsentscheid des Bundesrates von 2011 erfolgte unter dem unmittelbaren Eindruck jener Ereignisse. 15 Jahre später haben sich sowohl die sicherheitstechnischen Standards als auch die energiepolitischen Rahmenbedingungen grundlegend weiterentwickelt.

Mit diesem Schritt stärkt der Ständerat die langfristige energiepolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz, insbesondere mit Blick auf eine sichere Stromversorgung und die Erreichung der Klimaziele.

Diese Medienmitteilung finden Sie auch im Internet: www.nuklearforum.ch.

Kontakt:

Stefan Diepenbrock, Leiter Kommunikation, stefan.diepenbrock@nuklearforum.ch
Matthias Rey, Media Relations, matthias.rey@nuklearforum.ch

Nuklearforum Schweiz, Frohburgstrasse 20, 4600 Olten
Tel.: 031 560 36 50

Das Nuklearforum Schweiz ist ein Verein zur Förderung der sachgerechten Information über die zivile Nutzung der Kernenergie. Seit über 60 Jahren unterstützt das Nuklearforum als wissenschaftlich-technische Fachorganisation die Meinungsbildungsprozesse im Bereich der Kernenergie.